

BAföG jetzt retten!

BAföG-Bündnis aus Studierendvertretungen,
Studierendenwerk und Gewerkschaften macht mit
Petition Druck auf Regierung

18.06.26



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Angesichts des Zick-Zack-Kurses der Bundesregierung zur im Koalitionsvertrag angekündigten BAföG-Novelle hat ein neues BAföG-Bündnis Union und SPD aufgefordert, ihre BAföG-Versprechen einzuhalten. Die Bundesregierung müsse deutlich machen, dass sie die Anliegen der jungen Generation ernstnimmt, fordert das Bündnis in einer Petition, die es gemeinsam mit der Kampagnen-Organisation Campact gestartet hat:

<https://weact.campact.de/petitions/versprochen-ist-versprochen-bafog-jetzt-retten>

Dem Bündnis gehören der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs), das Deutsche Studierendenwerk (DSW), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) an. Die Petition richtet sich an Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU), Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) sowie die Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn (CDU) und Matthias Miersch.

Das BAföG-Bündnis fordert mit der Petition, eine deutliche Erhöhung des BAföG sicherzustellen:

- Bedarfssätze und Wohnkostenpauschale müssen der Lebensrealität entsprechen - kein BAföG unterhalb der Armutsgrenze!
- Elterneinkommensfreibeträge müssen deutlich erhöht werden.
- Automatische und regelmäßige Anpassung der Bedarfssätze und Wohnkostenpauschale sowie der Freibeträge an die Inflationsrate und die Einkommensentwicklung.
- Vollständige Digitalisierung des Antrags-, Bearbeitungs- und Bewilligungsprozesses.
- Drastische Vereinfachung der Anträge und Verlängerung der Bewilligungszeiträume.
- Ausfinanzierung der Studierendenwerke und der BAföG-Ämter.

Katharina Rummenhölter, fzs Vorstandsmitglied erklärt dazu:

„Beleidigungen und Unterstellungen gegen Studierende aus Richtung der Regierung ersetzen keine seriöse gesetzgeberische Arbeit. Wenn die Koalitionspartner nicht von selbst zur Einsicht kommen, müssen wir ihnen zeigen, wie wichtig eine solide Finanzierung für Studierende und Schüler*innen ist. Wir rufen alle Hochschulangehörigen, Eltern und Schüler*innen zum Unterzeichnen auf. Es geht um unsere Zukunft!“

Wöhlertstraße 19

D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095

f. +49 (0) 30 27874096

m. info@fzs.de

Vorstand

Katharina Rummenhölter

Tabea Herbst

Tjark Kandulski

Jo Dietze